zufolge bei der AfD-Fraktion. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/13427** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen und verabschiedet** worden.

Ich rufe auf:

19 Gesetz zur Änderung des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13663

erste Lesung

Herr Minister Laumann hat seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. Daher ist eine weitere Aussprache – wie verabredet – heute nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der Federführung, und die Mitberatung geht an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Integrationsausschuss. Wenn niemand dagegen stimmt – das ist der Fall – und sich niemand enthält – das ist ebenfalls der Fall –, haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/13663** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

20 Gesetz zur Änderung des Hafensicherheitsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13664

erste Lesung

Auch hier ist die Einbringungsrede zu Protokoll gegeben worden, und zwar von Herrn Minister Wüst. Auch hier ist keine weitere Aussprache am heutigen Tag vorgesehen.

Deshalb kommen wir auch hier sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Verkehrsausschuss. – Es stimmt niemand gegen die Überweisung. Es enthält sich auch niemand. Damit ist **Gesetzentwurf Drucksache 17/13664** so **überwiesen** worden.

Ich rufe auf:

21 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13665

erste Lesung

Herr Minister Reul hat seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. Auch hier ist eine Aussprache heute nicht vorgesehen.

Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss. Wenn niemand dagegen stimmt – das ist der Fall – und sich auch niemand enthält – auch das ist der Fall –, haben wir den **Gesetzentwurf Drucksache 17/13665** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

22 Entsendung von Mitgliedern durch gesellschaftlich relevante Gruppen in die Medienkommission der Landesanstalt für Medien durch den Landtag NRW gemäß § 93 Absatz 4 Landesmediengesetz NRW

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/12909

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13828

Gemäß § 93 Abs. 4 Satz 1 des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen werden fünf Mitglieder durch gesellschaftlich relevante Gruppen entsandt, die in der Gesamtsicht mit den nach § 93 Abs. 1 bis 3 des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen bestimmten entsendungsberechtigten Stellen die Vielfalt der aktuellen gesellschaftlichen Strömungen und Kräfte in Nordrhein-Westfalen widerspiegeln.

Verbänden und sonstigen nicht öffentlich-rechtlichen Organisationen, die nicht bereits nach § 93 Abs. 3 des Landesmediengesetzes NRW entsendungsbe-rechtigt sind, ist nach dem Gesetz die Gelegenheit einzuräumen, sich für die jeweils nachfolgende Amtszeit beim Landtag um einen Sitz in der Medienkommission zu bewerben.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist am 1. März dieses Jahres lagen insgesamt vier Bewerbungen vor. Die Liste der Bewerbungen wurde als Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags Drucksache 17/12909 veröffentlicht.

Gemäß § 93 Abs. 4 Satz 5 des Landesmediengesetzes NRW beschließt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit, welche der Bewerberinnen bzw. Bewerber für die neue Amtsperiode einen Sitz in der Medienkommission erhalten. Uns liegt in Drucksache 17/13828 ein Wahlvorschlag vor, der alle vier Bewerberinnen bzw. Bewerber beinhaltet. Ich gehe davon aus, dass über diesen Wahlvorschlag im Rahmen

Anlage 5

TOP 21 – „Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenengesetzes“ – zu Protokoll gegebene Rede

Herbert Reul, Minister des Innern:

Die geplante Digitalisierung der Personalakte ist nicht nur ein bedeutender Schritt in Richtung Digitalisierung der Landesverwaltung, sondern kann einen erheblichen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung leisten.

Die Verwaltung kann hier effektiver, effizienter, moderner und auch mitarbeiterfreundlicher gestaltet werden.

Das Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen, das E-GovG NRW, gibt den rechtlichen Rahmen für ein elektronisches Verwaltungs-handeln der Behörden des Landes Nordrhein-Westfalen vor.

Ein Kernpunkt des E-GovG NRW ist die elektronische Aktenführung in der öffentlichen Verwaltung als digitales Pendant zur Papierakte. Um die Personalakte der Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen elektronisch führen zu können, sind Rechtsänderungen im Landesbeamtenengesetz notwendig.

Bereits in diesem Jahr sollen erste Pilotbehörden mit einem entsprechenden Probelauf beginnen, so dass die notwendigen rechtlichen Regelungen anzupassen sind.

Kernstück des Gesetzgebungsverfahrens ist die Änderung des § 83 LBG. § 83 Absatz 1 Satz 9 bis Satz 11 LBG konkretisiert die digitale Führung der Personalakte. Anstelle der Papierdokumente bewahrt die Behörde in der elektronischen Akte die Papierdokumente als elektronische Wiedergabe auf. § 83 Absatz 1 Satz 10 LBG definiert spezialgesetzlich die Anforderungen an die Übertragung von Papierdokumenten in die elektronische Form sowie die Anforderungen an das Scanergebnis.

Die Behörde hat nach dem Stand der Technik die Übereinstimmung zwischen Papierdokument und Digitalisat sicherzustellen.

§ 83 Absatz 1, Satz 11 LBG beinhaltet spezialgesetzlich die Ermächtigungsgrundlage für die Vernichtung der eingescannten Papierunterlagen nach ihrer Digitalisierung, sodass das Scanprodukt zur Grundlage der weiteren Bearbeitung gemacht werden kann. Das ersetzende Scannen soll zum Regelfall des Umgangs mit den Papierdokumenten gemacht werden.

Ausnahmen von der grundsätzlichen Vernichtung des Papierdokuments greifen, wenn dies aus recht-

lichen Gründen, z.B. zum Zwecke der Führung eines Urkundsbeweises, oder zur Qualitätssicherung des Übertragungsvorganges erforderlich ist.

Eingereichte Originaldokumente, die Anschreiben oder Anträgen beiliegen und als Originaldokumente offensichtlich zu erkennen sind, sind der Beamtin oder dem Beamten grundsätzlich zurückzugeben.

Ein Antragserfordernis ist hierfür nicht vorgesehen. Da die Beamtinnen und Beamten zukünftig aufgefordert werden, im Regelfall ausschließlich Duplikate oder Kopien zu den Personalakten zu geben, bleiben wichtige Dokumente, die auch für den weiteren Lebensweg außerhalb des Beamtenverhältnisses benötigt werden, bei den Beschäftigten.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Gesetzgebungsverfahrens ist die Änderung des § 91 a LBG. Werden in zentralen Scanstellen innerhalb des öffentlichen Dienstes Personalaktendaten verarbeitet, dann finden auch in diesen Fällen die hohen datenschutzrechtlichen Vorgaben des § 91 a LBG Anwendung.

Die Änderungen der §§ 27, 28 und 36 LBG sind notwendig, um eine medienbruchfreie Einführung der elektronischen Akte zu ermöglichen.

Die Änderung des § 86 LBG beinhaltet neben einem deklaratorischen Hinweis auf die einschlägigen datenschutzrechtlichen Regelungen der Verordnung (EU) 2016/679 eine notwendige Änderung im Hinblick auf das Bestimmungsrecht bei einer Einsichtnahme in die Personalakte. Das Bestimmungsrecht liegt bei der Behörde, die die Akte mit den personenbezogenen Daten führt, auf die sich das Auskunftsrecht bezieht.